Landeshauptstadt Magdeburg
Die Oberbürgermeisterin

Magdeburg, 20.10.23

Niederschrift

Gremium	Sitzung - GESO/045(VII)/23			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Gesundheits- und Sozialausschuss	Mittwoch, 11.10.2023	Franckesaal	17:00 Uhr	19:00 Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

1	Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit	
2	Bestätigung der Tagesordnung	
3	Genehmigung der Niederschrift vom 06.09.2023	
4	Beschlussvorlagen	
4.1	Haushaltsplan 2024 BE: FB 02	DS0446/23
4.2	Zweite Änderungssatzung zur Entschädigungssatzung für zusätzliche Ehrenämter BE: BG V, Herr Dr. Gottschalk	DS0412/23
4.3	Bedarfsorientierte Vermittlung ins Hilfesystem der Landeshauptstadt Magdeburg durch die Caritas am Standort der Bahnhofsmission BE: Amt 50	DS0501/23

5	Anträge	
5.1	Erhöhung der städtischen Mittel für die Bahnhofsmission BE: SPD-Stadtratsfraktion	A0040/23
5.1.1	Erhöhung der städtischen Mittel für die Bahnhofsmission BE: Amt 50	S0176/23
5.2	Sozialticket BE: Fraktion DIE LINKE, Fraktion Grüne/future!	A0002/22
5.2.1	Sozialticket BE: Fraktion DIE LINKE, Fraktion Grüne/future!	A0002/22/1
5.2.2	Sozialticket BE: Amt 61	S0217/22
5.3	Einstellung von Haushaltsmittel für das Jahr 2024 – Tierisch Geborgen e.V. BE: SPD-Stadtratsfraktion, CDU Ratsfraktion	A0091/23
5.3.1	Einstellung von Haushaltsmittel für das Jahr 2024 – Tierisch Geborgen e.V. BE: FB 02	S0336/23
6	Verschiedenes	

Anwesend:

Vorsitzende/r
Matthias Borowiak
Mitglieder des Gremiums
Tobias Baum
Matthias Boxhorn
Oliver Kirchner
Evelin Schulz
Dr. Thomas Wiebe
Sachkundige Einwohner/innen
Carlo Reifgerste

Geschäftsführung
Antje Thäder

Mitglieder des Gremiums
Roland Zander
Sachkundige Einwohner/innen
Thorsten Giefers
Vincent Schwenke

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Ausschussvorsitzende, Stadtrat Borowiak, eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit mit 6 anwesenden Stadträtinnen und Stadträten fest. Stadtrat Zander lässt sich entschuldigen. Die Einladung erfolgte form- und fristgerecht.

2. Bestätigung der Tagesordnung

Der TOP 4.3 „Bedarfsorientierte Vermittlung ins Hilfesystem der Landeshauptstadt Magdeburg durch die Caritas am Standort der Bahnhofsmission“ wurde vorbehaltlich der Genehmigung der OBin auf die TO genommen, wurde gestern in OB-DB genehmigt, wird heute behandelt.

Der TOP 5.2 „Sozialticket“ wird trotz keiner neuerlichen SN seitens der Verwaltung besprochen und abgestimmt.

Die Tagesordnung wird in unveränderter Form bestätigt.
Abstimmung: 6-0-0

3. Genehmigung der Niederschrift vom 06.09.2023

Die Niederschrift vom 06.09.2023 wird vertagt.

4. Beschlussvorlagen

4.1. Haushaltsplan 2024
Vorlage: DS0446/23

Der Beigeordnete II, Herr Kroll bringt die DS „Haushaltsplan 2024“ ein. Die Erläuterungen erfolgen anhand einer Präsentation. Diese wird der Niederschrift als Anlage beigefügt.

BG II, Herr Kroll: Der Haushalt ist defizitär, das Ergebnis ohne den High-Tech-Park liegt bei -22,8 Mio. EUR, der Haushalt 2024 ist derzeit nicht genehmigungsfähig. Die gestiegenen Personalaufwendungen sind mit den Tarifsteigerungen Ende 2022 begründet, 300 % Personalkostensteigerung, Personalaufwüchse in 2024 mit enthalten. Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen mit 10,5 Mio EUR geplant, raus mit 17,5 Mio EUR, Zinsen stehen als Aufwendungen nicht zur Verfügung. Sprung DKMVB enorm, begründet mit Bau des Betriebshofes Nord. Ausschließlich im Sozialbereich Risiken, bspw. HzE, sind abhängig von Bundestransfer. Weiterhin müssen die Beamten nachgearbeitet werden, TVL beginnen Ende 10/2023, hier Besoldungserhöhungen bei den Beamten, Risiko liegt hier bei 2 Mio EUR.
Herr Kroll weist auf den DKHzE hin, risikobehaftete Aufwendungen in Höhe von ca. 6 Mio EUR, zusammenhängend mit steigenden Fallzahlen im SGB VIII.
Fazit BG II, Herr Kroll: Genehmigung des Haushaltes 2024 durch das LvwA nur mittels Konsolidierungskonzept zu erwarten. Vorläufige Haushaltsführung, d.h. keine neuen Maßnahmen, erst wieder, wenn ein neuer Haushalt beschlossen ist.

BG II, Herr Kroll, geht ausführlich auf den Haushalt 2024 des Dezernates V ein. Die Aufwendungen des Dezernates V belaufen sich auf 41,2 % vom Gesamthaushalt. Herr Kroll führt an, dass die größte Aufwandsbelastung im Bereich der KdU festzustellen ist, den 41 Mio EUR auf der Ertragsseite stehen 61 Mio EUR auf der Aufwandseite gegenüber. Das Teilergebnishaushalt liegt im Amt 50 bei -60 Mio EUR. Ein Schwerpunkt 2024 im Amt 50 ist die Förderung Freier Träger für Projekte, Höhe 1,9 Mio EUR. Im Amt 53 relativ „kleine“ Zahlen, kostet aber Ergebnis auch 10 Mio EUR. Die Stabstelle BGV liegt auch mit 1,8 Mio EUR im Minus.

SR Borowiak fragt nach, warum der Sprung 2025/2026 so groß ist? FB 02 antwortet, dass größere Maßnahme, nämlich der Bau des Kinderschutzzentrum enthalten ist.
Herr Reifgerste möchte wissen, wie die Steigerung von Personalaufwendungen im Amt 50 von 20 auf 24 Mio EUR begründet ist. BG V, Herr Dr. Gottschalk, sagt hierzu, dass es Änderungen im Bundesgesetz gab, auf Bundesebene Gesetzeslage hergestellt, Frage hier wie sich Tarifsteigerungen auswirken, Preissteigerungen in anderen Bereichen z.B. Reinigung, Steigerung Arbeitsplatz, Mehrpersonal, WoGG-Reform, aufgabenkritische Einschätzung.
SR Borowiak fragt zur Thematik Personal nach, ob alle Stellen, die ausgeschrieben sind, enthalten sind? BG II, Herr Kroll, antwortet hierauf, dass alle Neubesetzungen über den Tisch der OB´in laufen, Prüfung Umschichtung aus anderem Ressort. BG V, Herr Dr. Gottschalk, sagt, dass die Zielstellung sei, im Rahmen der Leistung, keine Bereiche zu schließen, Auswirkungen auf Bearbeitung von Anträgen. BG II, Herr Kroll: mehr Stellen da, es gibt mehr Stellenbesetzungsverfahren, extreme Mangelbereiche wie z.B. im WoGG.
SR Dr. Wiebe fragt zum Stichwort WoGG, obwohl wochenlange Schließzeiten, trotzdem nicht im Griff, auf Digitalisierung warten, gibt es Abschätzung Personal? BG V, Herr Dr.Gottschalk, antwortet, dass von 570 Leistungen 30 geschafft wurden, mit Digitalisierung nicht alles machbar, mit Bedacht Stellen besetzen, aber stärker prüfen. BG II, Herr Kroll, sagt, dass Stellen ausgeschrieben sind, aber nicht genug Bewerber.
FBL 02, Frau Behrendt: 32 Mio EUR mehr im Ansatz, 6 Mio EUR Kürzungen in Änderung, 10 % Tarifsteigerungen nicht im HH-Plan, 26 Mio EUR mehr, für Tarifsteigerung 18 Mio EUR, Rest für neue Stellen, müssen Sorge tragen, nicht blind besetzen. Auf die Nachfrage von SR Borowiak, antwortet die FBL 02 mit „nein“, nur besetzte Stellen fließen in Planung ein, selbst da werden kalkulatorische Ausfälle geplant.
SR Baum möchte wissen, was es bedeutet, wenn das LvwA den Haushalt übernimmt, welche Konsequenzen? BG II, Herr Kroll: Es gibt unterschiedliche Eskalationsstufen, HH-Plan vom LvwA genehmigt, dann verpflichtend für uns; mit vertretbaren Minus rausgehen, vorweggenommene Konsolidierung; weiche Konsolidierung nur rechtsverpflichtend und die letzte Stufe ist, es wird ein Beauftragter gesandt, der die OB-Funktion übernimmt.
SR Baum fragt, ob welcher Höhe der Minus, wir da reingeraten? BG II, Herr Kroll: Es gibt keine Kriterien, nach unseren Erfahrungen unter 10 Mio EUR mit positivem Ausblick. FB 02 ergänzt: KVG sagt HH-Plan ist ausgeglichen, Stadt muss aufzeigen, mittelfristig ausgeglichen, 5 Jahre ausgeglichen bis spätestens 2028 im positiven Bereich.
Herr Reifgerste fragt hinsichtlich der Stellenübersicht, warum im Dezernat V nach Plan in 2023 933 Stellen und in 2024 930 Stellen (über 100 Stellen n.b., die werden wie besetzt)?
BG V, Herr Dr. Gottschalk: Keine Stellenreduzierung; Stellen in Stellenplan, aber nicht besetzt; besetzt man jetzt in 2024 Stelle nicht, aber alle anderen Stellen; Stellenplan schiebt man durch (Budget, das gespart wird); Herausforderung für Dezernat V.
FBL 02, Frau Behrendt: Schnitt von n.b. Stellen wird genommen; im Plan waren noch nie, die voll besetzte Anzahl mit enthalten.

SR Dr. Wiebe fragt bzgl. dem Klinikum Olvenstedt nach, wie die 20 Mio EUR, die weg sind haushaltstechnisch verbucht werden? BG II, Herr Kroll: Im Stadtrat beschlossen, Liquiditätskredite belasten dafür den Zinshaushalt, der Liquiditätsrahmen wird belastet. SR Dr. Wiebe: Deckung? BG II, Herr Kroll: Ausfallbürgschaft beantragt; kann passieren, dass sie es mit Liquiditätsrahmen nicht hinbekommen.

FBL02, Frau Behrendt: Liquiditätskredit für Stadt eine Ausleihe, belastet den Finanzhaushalt, erhalten Zinsen dafür, wenn Klinik nicht zurückzahlt ist es außerordentliche Belastung, bis dahin Ausleihe. BG II, Herr Kroll: belasten Finanzhaushalt damit noch mehr; Pflicht bis 01.01.2026 den Finanzhaushalt ausgeglichen zu gestalten; Stand heute bekommen wir nicht hin; dafür ist Kommunalaufsicht zuständig.
SR Baum fragt: Bei Minus dargestellt, in Zukunft Ausgleich glaubhaft dargestellt, mit Maßnahmen zurückkommen. FBL 02, Frau Behrendt: je nach Minus müssen wir nachweisen, dass wir wieder ausgleichen, 2024 müssen wir nicht schaffen, aber aufzeigen, dass wir es schaffen. BG II, Herr Kroll: Ausgleich ist das Ziel.

ALin 16, Frau Politka: Kontante Summe für Träger, Situation verändern, ist das angepasst 1,4 Mio EUR? BG II, Herr Kroll: Förderung freier Träger für Projekte 1,9 Mio EUR, leichte Aufwuchs-Seite. BG V, Herr Dr. Gottschalk: Ein Bedarf ist Bedarf, wenn politisch festgestellt Bedarf, im Sinne Strukturplanung, Verfahren für entwickelt in den letzten 2 Jahren, Planungsprozesse (Einschätzbarkeit, präventives Handeln), Rückmeldungen der Träger – bringen bis November Anträge ein – ist geplant – wird in HH eingebracht.
ALin 16, Frau Politka: Ihr liegen RM aus dem Bereich Opferhilfe, Frauenhaus vor. Zunahme Beratungsbedarf. BG V, Herr Dr. Gottschalk: hängen an Förderung mit Land dran; gemeinsame Zielrichtung.

Die Mitarbeitenden des Dez. II/FB 02 verlassen die Sitzung.

Der Ausschussvorsitzende, SR Borowiak, stellt die DS0446/23 zur Abstimmung.
Abstimmung: 3-2-1
Die DS0446/23 wird empfohlen.

4.2. Zweite Änderungssatzung zur Entschädigungssatzung für zusätzliche Ehrenämter
Vorlage: DS0412/23

Frau Lubinski (Koordinatorin für Integration, Dezernat V) bringt die DS „Zweite Änderungssatzung zur Entschädigungssatzung für zusätzliche Ehrenämter“ ein.

Das Integrationslots*innen-Projekt wird seit 2017 im Dezernat V umgesetzt und dabei zu 100 % vom Land gefördert. Die Anpassung sei notwendig, so Frau Lubinski, um die Rahmenbedingungen des Projektes in der Umsetzung nachzubessern und zusätzliche Potenziale der Förderung nutzen zu können. Folgende Punkte sollen angepasst werden: Die rückwirkende Auszahlung der Aufwandsentschädigung (Erläutg. Fr. Lubinski: Dient der Verwaltungsvereinfachung; Entschädigung im Nachhinein, sonst Risiko Rückforderung), die Erhöhung der monatlichen Pauschale von 70 EUR auf 80 EUR und die Ergänzung der monatlichen Pauschale durch die Möglichkeit einer anlassbezogenen Pauschale.

Stadtrat Dr. Wiebe fragt nach der finanziellen Seite, den Kosten, der Mehrsumme, Kosten bisher? Frau Lubinski erläutert, dass für 2024 35.000 - 45.000 EUR geplant seien (je nach Anzahl Lotsen), jedoch eine 100 %ige Förderung durch das Land erfolgt. Im Jahr 2023 belaufen sich die Kosten auf 30.000 EUR.

Stadtrat Baum fragt warum auf die rückwirkende Auszahlung angepasst werden soll. Warum erschwerend für Menschen? Auf Antrag Vorschuss möglich? Frau Lubinski führt aus, dass es für die Lotsen keinen Unterschied macht, da monatlich gezahlt wird. Lotse erstellt monatlichen Bericht als Nachweis seiner Tätigkeit, den Frau Lubinski prüft und anschließend beim Land eingereicht. BG V,Herr Dr. Gottschalk, ergänzt, dass es nicht wie bei der Förderung eines

Projektes ist, man ist im Verfahren, es fließen dauerhaft die 200 EUR / Monat, das Geld steht immer zur Verfügung.

Stadtrat Baum fragt, ob es Ausnahmeregelung geben kann, sprich Vorschuss geben lassen auf Antrag? Herr Dr. Gottschalk sagt, dass Antrag dann gestellt werden muss, nicht zu regeln in Förderrichtlinie, für Lösung sorgen, dass derjenige Lotse sein kann. Stadtrat Boxhorn merkt an, dass die Lotsen es einmal bemerken würden, Geld kam im Vorfeld, kleine Pause und dann wieder im „Fluss“.
ALin 16, Frau Ponitka, fragt noch einmal nach, der Nachweis wird anhand eines monatlichen Berichts erbracht, eine Seite? Frau Lubinski bejaht die Frage und bestätigt, dass dies so gehandhabt wird. SR Borowiak sagt, dies sei wie eine Art „Stundenzettel“.

Der Ausschussvorsitzende, SR Borowiak, stellt die DS0412/23 zur Abstimmung.
Abstimmung: 5-1-0
Die DS0412/23 wird empfohlen.

4.3. Bedarfsorientierte Vermittlung ins Hilfesystem der Landeshauptstadt Magdeburg durch die Caritas am Standort der Bahnhofsmission
Vorlage: DS0501/23

BG V, Herr Dr. Gottschalk, bringt die DS „Bedarfsorientierte Vermittlung ins Hilfesystem der Landeshauptstadt Magdeburg durch die Caritas am Standort der Bahnhofsmission“ ein.

Dafür, dass Herr Dr. Gottschalk die DS vor der HH-Beratung einbringen kann, spricht er seinen Dank aus. Im Vorfeld gab es Gespräche mit Herrn Sosnowski und Frau Müller. Weiterhin wurde die DS auch intern diskutiert und alle stützen das Vorhaben in der Bahnhofsmission (kurz: BHM). Die Funktion der BHM besteht darin, dass der Reiseverkehr unterstützt wird, dies zählt zu den Aufgaben der Deutschen Bahn. Die Deutsche Bahn finanziert auch innerhalb der BHM selbst. Die LH MD hat eine soziale Verantwortung und vermittelt in das Hilfesystem. Die BHM soll als Vermittlung ins Hilfesystem dienen. Herr Dr. Gottschalk merkt an, dass das Hilfesystem in der Stadt sehr gut ist. Neu wird sein, dass mit Hilfe des Sozialen Dienstes ein 14-tägiger Kontakt mit der BHM stattfindet. Die Ämter gehen in die BHM rein und es wird „warme“ Übergaben während der Kontaktzeiten geben. Die BHM wird durch Reisende genutzt, das ist auch die Zielstellung der Deutschen Bahn. Dieses Hilfesystem wird koordiniert durch das Sozial- und Wohnungsamt, dem Jugendamt und dem Gesundheitsamt. Herr Dr. Gottschalk stellt noch einmal klar heraus, dass die Zielstellung die Vermittlung ins Hilfesystem ist und eine Orientierung in das Umfeld erfolgen wird, hierzu spricht Herr Dr. Gottschalk an, dass der Blick auch auf die drei Plätze (Willy-Brandt-Platz, Kölner Platz und Konrad- Adenauer-Platz) gerichtet ist und Hilfe angeboten wird.
Das Stundenvolumen gestaltet sich wie bisher, es wird keine neue Stelle geschaffen. Eine Statistik wird als Beleg eingebracht. Der Mehraufwand wird bei 5.000 EUR liegen, es wird kein zusätzliches Geld benötigt, umgeschichtet bis 31.12.2024. (1.000 EUR für Fahrkarten werden bereitgestellt und die Fördersumme erhöht sich auf 26.000 EUR, bisher 20.000 EUR).

SR´in Schulz erfragt, wer an die DS beteiligt war? BG V, Herr Dr. Gottschalk, führt das Amt 50, Amt 51, Amt 53, BG V, OB´in, Frau Müller, das Bahnhofsmanagement und Herr Sosnowski an. SR´in Schulz möchte gern wissen, wer in die BHM hingeht, sprich SozA aus den Ämtern? Wer legt das fest? BG V, Herr Dr. Gottschalk sagt, dass dies vom Klientel abhängig sei. Die Zahlen weichen ab, laut BHM 600 Nutzer pro Monat, laut Ämter 40 - 60 Nutzer, kein Disput gewünscht, dafür wird eine Statistik eingeführt, um ein klares Bild zubekommen.
SR´in Schulz fragt an, was mit den bisher anwesenden Kindern passiert, die in der BHM ihre Hausaufgaben erledigten? BG V, Herr Dr. Gottschalk antwortet, dass diese Kinder mit Hilfe von SozA der Jugendhilfe aus der BHM herausgebracht werden, ggf. mit Unterstützung der Polizei in den Kinder- und Jugendnotdienst verbracht werden. Ein Problem ist auch ist, dass die

ehrenamtlichen Mitarbeitenden keine „Profis“ sind, dies soll zukünftig unterbunden werden, hier soll ein „Cut“ gemacht werden.

SR´in Schulz findet das Projekt gut, aber es muss etwas passieren, auch hinsichtlich der Hygiene. Herr Dr. Gottschalk sagt, dass alle beteiligten Ämter mit in die BHM reingehen. Durch die Kontakte sollen Auffälligkeiten festgestellt werden, die anschließend korrigiert werden. Die BHM ist keine Kleiderkammer und auch keine Suppenküche.
Frau SR´in Schulz möchte wissen, ob eine Weiterbildung der ehrenamtlichen Mitarbeitenden erfolgt. Herr Dr. Gottschalk sagt, dass schon etwas passiert. Die Ehrenamtlichen haben ein soziales Motiv und muten sich selbst Problemlösungen zu.
SR Dr. Wiebe fragt, ob die DS mit denen Vorort befindlichen Leuten abgestimmt ist? Dies bejaht Herr Dr. Gottschalk und benennt Frau Müller und Herrn Sosnowski.
SR Boxhorn begrüßt was Herr Dr. Gottschalk gesagt hat und sagt, dass dies hinreichend diskutiert wurde, alles für die BHM ist zweckbestimmt, die Leute vor Ort werden nicht maximal begeistert sein, er kann dies nur unterstützen und man sollte offen rangehen und ggf. den Stadtrat mitnehmen. Dies kann man in einem ½ Jahr machen und sich in der BHM treffen, so Herr Dr. Gottschalk, bis Ende 2024 ist noch genug Zeit.
SR Baum weiß noch nicht genau, wie er sich positionieren soll und ob er das Herangehen gut findet. Wenn Kinder dort ihre Hausaufgaben erledigen, warum war niemand von der Stadt bisher da? BG V, Herr Dr. Gottschalk, kann diese Frage aufgrund der Verantwortlichkeit vor dem 01.09. nicht beantworten. Mit dem Träger wurde vereinbart zu handeln, die Motorik umzustellen. SR Boxhorn sagt zum Stichpunkt „Rückwärtsdenken“, dass die Zuständigkeit nicht bei der Stadt lag, nicht unsere Aufgabe, nur immer im Fokus, wenn BHM kam, dann wurde sich mit BHM beschäftigt, das Sozialdezernat hat immer eingegriffen.

Der Ausschussvorsitzende, SR Borowiak, stellt die DS0501/23 zur Abstimmung.
Abstimmung: 6-0-0
Die DS0501/23 wird empfohlen.

5. Anträge

5.1. Erhöhung der städtischen Mittel für die Bahnhofsmission
Vorlage: A0040/23
5.1.1. Erhöhung der städtischen Mittel für die Bahnhofsmission
Vorlage: S0176/23

SR Dr. Wiebe äußert sich zu dem A0040/23 seiner SPD-Stadtratsfraktion wie folgt:
Die Qualifizierung in der DS0501/23, die zuvor besprochen wurde, hat er verstanden, der Sinn des Antrages ist seiner Meinung nach erfüllt, da die DS jedoch noch nicht innerhalb der Fraktion besprochen wurde, möchte SR Dr. Wiebe den Antrag gern zurückstellen.

BG V, Herr Dr. Gottschalk, merkt an, dass noch Zeit ist.

Der Antrag wird bis zur nächsten Sitzung zurückgestellt.

5.2. Sozialticket
Vorlage: A0002/22
5.2.1. Sozialticket
Vorlage: A0002/22/1

5.2.2. Sozialticket
Vorlage: S0217/22

Amt 61 nimmt für die Verwaltung keine Stellung, da Amt 61 trotz Einladung nicht zur Sitzung erschienen ist.

SR Dr. Wiebe sagt, dass mit dem Änderungsantrag der Preis für das Ticket von 35 EUR auf 9 EUR verändert wurde. Er ist dafür, nichts zu beschließen.
SR Baum möchte den Änderungsantrag gern beschließen, sieht die finanziellen Auswirkungen als schwierig an.
Herr Reifgerste sagt hinsichtlich der Senkung von den 35 EUR, dass ein Schnittpunkt gefunden werden sollte. Der MVB gehen Einnahmen verloren.
SR Baum schlägt vor, jährlich den Preis zu senken und die Erfahrungen aus dem 9-EURO-Ticket hinzuzunehmen.
BG V, Herr Dr. Gottschalk, merkt an, dass die S0217/22 als Zwischeninfo zu betrachten ist und die Erfahrungen angefragt werden sollten.
SR Borowiak: Nach den Erfahrungen bereits zweimal gefragt - ohne Rückmeldung.
SR Dr. Wiebe: Die MVB ist im Marego-Verbund, hier sind bestimmte Dinge zu beachten.
SR Baum: Es gibt Menschen, die sich das Ticket nicht leisten können.
SR Borowiak: Aus dem Sozialbudget nur 5 € für Nahverkehr, daher die Idee mit dem 35-EUR-Ticket, um ein reales Sozialticket zu erschaffen. Wenn die MVB „Miese“ macht, müssen wir dies auffüllen.

SR Borowiak stellt den A0002/22 zur Abstimmung.
Abstimmung: 2-2-2
Der A0002/22 wird nicht empfohlen.

SR Borowiak stellt den A0002/22/1 zur Abstimmung.
Abstimmung: 2-4-0
Der A0002/22/1 wird nicht empfohlen.

Die Stellungnahme wurde zur Kenntnis genommen.

5.3.	Einstellung von Haushaltsmittel für das Jahr 2024 – Tierisch Geborgen e.V. Vorlage: A0091/23
5.3.1.	Einstellung von Haushaltsmittel für das Jahr 2024 – Tierisch Geborgen e.V. Vorlage: S0336/23

Der FB 02 nimmt für die Verwaltung keine Stellung, da der FB 02 zu dem TOP nicht mehr anwesend war (Sitzung nach TOP 4.1 verlassen).

Der Antrag wird auf die nächste Sitzung vertagt.

6. Verschiedenes

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Matthias Borowiak
Vorsitzender

Antje Thäder
Schriftführerin